

HFA 02/11/22 TOP 5

Ich habe meinen Beitrag zum Tagesordnungspunkt „Entlastungen der Bürgerinnen und Bürger in Werther“ schriftlich ausgearbeitet, weil er mir sehr wichtig ist und ich ihn auch zu Protokoll geben möchte.

Wir haben diesen Tagesordnungspunkt (kein Beschlussantrag) beantragt, weil wir der Meinung sind, dass gerade im HFA die diesjährigen enormen Steigerungen von allen wesentlichen städtischen Gebühren im Gesamtzusammenhang diskutiert werden sollten.

Wir haben diese beklagenswerte Entwicklung schon vor 1 Jahr kommen sehen und damals beantragt, aus Transparenzgründen von der Verwaltung Prognosen bis 2025 für die Entwicklung der Wasser- und Abwasserpreise zu erbitten. Alle anderen Fraktionen haben dies strikt abgelehnt.

Jetzt ist der worst case eingetreten:

Auf einen Schlag sollen alle Gebühren steigen: Wasser um 14%, Abwasser um 33%, Zähler um 30%, Niederschlagswasser um 43% und Müll um 15%, und dies nach bereits erfolgten Gebührensteigerungen für Wasser/Abwasser von 25% im vorletzten und 10% im letztem Jahr!

Das geht nicht spurlos an den Bürgerinnen und Bürgern vorbei.

Was meinen Sie, wie diese Nachrichten bei einer 4-köpfigen Durchschnittsfamilie ankommen, deren Energiepreise gerade verdreifacht wurden?

Was meinen Sie, was das für eine Botschaft für eine alleinerziehende Mutter ist, die bei der Tafel ansteht und deren Kinder nur noch mit Basis-Essen ernährt werden können, weil die Nahrungsmittelpreise übers Jahr um 20% gestiegen sind?

Was meinen Sie, wie diese Nachrichten bei einem Rentnerehepaar ankommen, die als Flüchtlingskinder Hungern und Frieren im und nach dem Krieg erlebt haben?

Ich kann es Ihnen sagen, weil ich mich als Vermieter mit meinen Mietern täglich über Sorgen, Angst, Verzweiflung und Wut austausche.

Soll ich Ihnen sagen, was ich von ihnen höre, wenn sie ausser mit Corona, Ukraine-Krieg, Energiekrise und Inflation nun auch noch mit explodierenden städtischen Gebühren konfrontiert werden?

Die harmlosesten Kommentare sind noch solche wie:

„Die ticken doch nicht mehr richtig!“ „Unverschämtheit!“ „Wo soll das noch alles enden?“ „Die spinnen doch total!“

Aber es gibt reichlich deftigere, direkte Anklagen, Beleidigungen und Drohungen, die ich Ihnen hier ersparen möchte.

Nicht nur von meinen Mietern sondern auch von etlichen anderen Bürgern werde ich darauf angesprochen. Die Reaktionen waren noch nie so zahlreich und wurden noch nie mit einem so niederschmetternden und empörten Ton vorgetragen.

Auf Bundesebene werden Rettungs- und Massnahmepakete beschlossen (wenn auch unzureichende), auf Landesebene fordert die SPD die Regierung dringlich zu Entlastungspaketen auf, und hier am Ort sollen im Windschatten übergeordneter Krisen alle Gebührenerhöhungen still und heimlich und möglichst ohne Diskussion durchgewunken werden?

Die Bürger empfinden dies als Schläge ins Gesicht und ich fordere Sie auf, hier Korrekturen vorzunehmen, sonst brauchen Sie sich über Parteienverdrossenheit nicht mehr beklagen.

Man sollte als Ratsmitglied zur Gewissensentlastung nicht immer auf Kommunen mit höheren Gebühren verweisen. Man sollte sich nicht zufrieden zurücklehnen, wenn die Prüfer von Concunia von höheren Beiträgen anderenorts berichten. Auch der fiktive Grundsteuer-Hebesatz der NRW-Landesregierung ist keine Vorschrift.

- Dass es auch anders geht, zeigt zum Beispiel **Versmold**, dass für einen Durchschnittshaushalt im Jahr 2023 über das gesamte Gebührenspektrum eine **Senkung** von 50 EUR mitteilt - unter anderem keine Erhöhung der Grundsteuer! (Die Initiative zu Entlastungen kam hier übrigens von der SPD)
- Dass es auch anders geht, zeigt zum Beispiel **Halle**, das die Abschreibungsregeln für Abwasser trotz bevorstehender riesiger Klärwerksinvestitionen nicht ändert, und damit für 2023 mit einer deutlich niedrigeren Gebühr als Werther kalkuliert.
- Dass es auch anders geht, zeigt zum Beispiel **Bielefeld**, dass die Gebühren für Müll, Abwasser und Niederschlagswasser senkt und über das gesamte Gebührenspektrum ebenfalls eine **Senkung** von 50 EUR mitteilt.

All diese Kommunen und noch viele, viele mehr haben das OVG-Urteil zu den Gebührenkalkulationen angenommen und Kostensenkungen an die Bürger weitergegeben.

Unser Verwaltungschef will jedoch einen anderen Weg gehen und im Vorgriff auf das noch nicht verabschiedete Kommunalabgabengesetz NRW die Abschreibungsregeln für Investitionen im Wasser- und Abwasserwerk zum Nachteil der Bürger ändern.

Dies ist nicht nötig und konterkariert sparsames Wirtschaften!

Der Durchschnittshaushalt in Werther soll nach meiner groben Schätzung mit knapp 200 EUR jährlich zusätzlich belastet werden – Herr Demoliner kann gerne präzisere Zahlen vorlegen. Statt aber über zusätzliche **Belastungen** durch Gebühren müssen wir, wie die genannten Nachbarkommunen, über **Entlastungen** für die krisengeplagten Bürger beraten. Hierzu gibt es auch auf lokaler Ebene viele Möglichkeiten. Die Hilfe könnte zum Beispiel zulässigerweise darin bestehen und jetzt bitte ich um **erhöhte Aufmerksamkeit**

1. mit den Müllentsorgern PreZero und GEG nachzuverhandeln und die vertraglich einseitig geänderten Bedingungen auf dem oligopolistischen Markt zu prüfen (wie es jeder Bürger unter Marktbedingungen machen würde),
2. den Hebesatz für die Grundsteuer B für 2023 auf dem Stand von 2022 zu belassen,
3. für 2023 und 2024 auf die Verzinsung des städt. Eigenkapitals bei den städt. Eigenbetrieben in Höhe von jährlich 123.000 EUR zu verzichten,
4. auf die Erhöhung der Zählergebühren und damit Mehreinnahmen von ca. 75.000 EUR zu verzichten,
5. **und vor allen Dingen** bei den Werken die neuen Abschreibungsregeln nach dem Wiederbeschaffungswert 2023 **nicht anzuwenden** und damit auf eine AfA-**Erhöhung von 715.000** EUR (Erhöhung um 88%, 97% und 97%) zu verzichten.

Alle verwaltungsseitig vorgeschlagenen Gebührenerhöhungen mögen vielleicht rechtlich zulässig sein, verpflichtend sind sie in diesem Ausmass nicht. Im Gegenteil, sie sind unangemessen, unsozial und führen zu einer Überkompensation. Aus Bürgersicht sind sie auf jeden Fall nicht hinnehmbar. Was die Bürger in diesen Zeiten brauchen, ist ein Zeichen – ein Zeichen „Ihr seid uns nicht egal!“ Hoffentlich sind Sie zu diesem Zeichen in der Lage.

Sie können allerdings mit der Mehrheit im Rat alle Gebührenerhöhungen durchsetzen, aber die Mehrheit in der Bevölkerung haben sie damit nicht! Ich hoffe auf ein Umdenken und Korrekturen.

Jürgen Schäfer
für die Fraktion „Werther – Das geht anders!“